

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Jetzt an die Urne!

Lancierung Kampagne

In Bern hat das Komitee «JA zur Selbstbestimmung» die Argumente für ein JA zur direkten Demokratie und Selbstbestimmung, über die am 25. November abgestimmt wird, dargelegt.

Seiten 4+5

Sozialmissbrauch verhindern

Dank der Vorlage „Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten“ können ausländische und Schweizer Sozialschmarotzer wieder observiert und zur Rechenschaft gezogen werden.

Seite 13

Uno-Migrationspakt stoppen

Der ideologisch abgehobene Pakt hat die weltweite Niederlassungsfreiheit für alle Menschen im Land ihrer Wahl zum Ziel. Das Abnicken des Bundesrates dieses Paktes ist ein klarer Verfassungsbruch und ein Skandal. Die SVP verlangt vom Bundesrat, den UNO-Migrationspakt nicht zu unterzeichnen.

Seite 14



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

MUSTER

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 25. November 2018

Wollen Sie die Volksinitiative
«Für die Würde der landwirtschaftlichen
Nutztiere (Hornkuh-Initiative)» annehmen?

Antwort

NEIN

Wollen Sie die Volksinitiative
«Schweizer Recht statt fremde Richter
(Selbstbestimmungsinitiative)» annehmen?

Antwort

JA

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 16.
März 2018 über die Änderung den **Allge-
meinen Teil des Sozialversicherungsrechts**
(ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die
Überwachung von Versicherten) annehmen?

Antwort

JA

JA

Zur direkten Demokratie.
Zur Selbstbestimmung.

Spezialseiten
7-9

Die SVP in Aktion



Glück dank Selbstbestimmung

Die Schweiz erscheint in Länderrankings als eines der wohlhabendsten und glücklichsten Länder der Welt. Das Glücksgefühl ist das Resultat davon, selbst über das eigene Leben zu bestimmen und den politischen Rahmen direkt mitzugestalten. Die direkte Schweizer Demokratie ist weltweit einmalig. Sie ermöglicht der Bevölkerung viermal pro Jahr die Politiker bei Bedarf zu korrigieren. Das ist der Hauptgrund unserer grossen Stabilität. Wenn aber Volkssentscheide wie die Ausschaffung von kriminellen Ausländern oder die Steuerung der Zuwanderung aufgrund internationaler Verträge nicht mehr umgesetzt werden, wird diese bewährte direkte Demokratie untergraben. Damit werden Wohlstand, Glück und Stabilität gefährdet.

Weshalb sind dann so viele Kreise gegen die Initiative? Den Linken passt sie nicht, weil sie sowieso in die EU wollen. Die Bonimanager der economiesuisse können ihre Pfründe mit ein paar wenigen internationalen Beamten besser sichern, als wenn immer noch ein Volk dreinredet. Die FDP macht was die economiesuisse sagt und die CVP hat sowieso längst den Boden unter den Füßen verloren. Das Resultat ist ein Kampf aller gegen die SVP oder David gegen Goliath.

Wir haben diesen Kampf aufgenommen, weil er nötig und richtig ist für die Schweiz. Jetzt müssen wir alles geben - mit Mund-zu-Mundpropaganda alle Verwandte und Bekannte für ein Ja überzeugen und an die Urne schicken, Leserbriefe schreiben, Plakate aufhängen. Nur mit der uneingeschränkten Unterstützung aller können wir gewinnen.

Herzlichen Dank für den geschätzten Einsatz im Interesse einer auch in Zukunft wohlhabenden und glücklichen Schweiz.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Auch Nationalrat Franz Grüter packt an!



INSERTATE

Bestellen Sie jetzt einen Kleber für Ihr Auto!

Telefon: 031 300 58 58 oder info@selbstbestimmungsinitiative.ch

Kleber rund, ø 12 cm

*Kleber eckig, 35 x 15 cm



*Lochfolie für Autoscheibe (durchscheinend, für Heckscheibe, wieder lösbar.)

Dienstag, 13. November 2018
20 Uhr (Türöffnung: 19 Uhr)
Stadthofsaal Uster (Theaterstr. 1, 8610 Uster)



www.100jahre-generalstreik.ch



100 Jahre Generalstreik Ein Dank an Bevölkerung, Behörden und Soldaten

Vortrag von alt Bundesrat

Dr. Christoph Blocher

Anschl. Apéro im Foyer
 Alle sind herzlich eingeladen!



Kanalreinigung | Containerwartung | Mobiltoilettenservice

ASA-Service AG Abwasser- und Umwelttechnik



www.asa-service.ch Service-Nr. 0848 310 200

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament, Wikipedia, Wikimedia Commons, www.maxpixel.net, www.1zoom.me, paescha - Pircher Karl; cossac - Dieter Haug; GeniusXXL Teberdar Görmey; Idee & Montage: Thommy Weiss / pixelio.de, SVP Schweiz

4 Lancierung Kampagne



**Zur direkten
Demokratie.**

**Zur Selbst-
bestimmung.**

www.selbstbestimmungsinitiative.ch

PC-Konto 31-31457-1

Wer bestimmt künftig in unserem Land?

In der Schweiz bestimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei allen wichtigen politischen Entscheidungen. Diese weltweit einzigartige Selbstbestimmung in Form der direkten Demokratie ist ein zentraler Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz. Doch diese bewährte Ordnung ist ausser Kraft, seitdem das Bundesgericht 2012 entschieden hat, internationales Recht über die Schweizer Bundesverfassung zu stellen.

Die Folge: Volksentscheide werden von Bundesrat und Parlament, mit Verweis auf das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU oder die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), einfach nicht umgesetzt. So werden zum Beispiel verurteilte ausländische Straftäter trotz JA zur Ausschaffungsinitiative nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt und die Zuwanderung geht trotz der neuen Verfassungsbestimmung nach dem JA zur Masseneinwanderungsinitiative unkontrolliert weiter.

Ende der direkten Demokratie

Gleichzeitig weiten internationale Gremien und Behörden den Geltungsbereich internationaler Verträge laufend aus, ohne dass das Schweizer Volk etwas dazu zu sagen hätte. Und spätestens mit dem vom Bundesrat angestrebten Abschluss eines institutionellen Rahmen-

abkommens mit der EU ist die direkte Demokratie und damit die rechtliche Eigenständigkeit der Schweiz Geschichte.

Schweizer Verfassung zuerst

Die Selbstbestimmungsinitiative will, dass die Bundesverfassung in der Schweiz wieder oberste Rechtsquelle ist. Einzige Ausnahme ist das zwingende Völkerrecht wie beispielsweise das Folterverbot. Die Menschenrechte bleiben dabei in jedem Fall gewahrt – denn sie sind in unserer Verfassung festgeschrieben.

Auch künftig selber entscheiden

Das schafft Klarheit und Rechtssicherheit: Volksentscheide könnten nicht mehr mit dem Verweis auf internationale Verträge ausgehebelt werden, sondern müssten wieder respektiert und umgesetzt werden. So können wir auch in Zukunft selber entscheiden, ob

wir Gen-Food wollen oder nicht, ob wir Kantonalbanken mit einer Staatsgarantie wollen oder nicht, ob wir flankierende Massnahmen zum Schutz vor Lohndumping wollen oder nicht, ob wir schweizerische Tiertransportregeln wollen oder nicht - und so weiter.

Kurzum: Es geht bei der Abstimmung über die Selbstbestimmungsinitiative nicht um links oder rechts, sondern um die Grundsatzfrage, ob wir eine direkte Demokratie bleiben und die rechtliche Unabhängigkeit und den Wohlstand unseres Landes wahren wollen.

von Nationalrat
Albert Rösti,
Uetendorf (BE)





«Ein höheres Rechtsgut als die Verfassung gibt es nicht. In keinem Land. Mit dem „doppelten Ja“ des Volkes und der Stände bestimmt der Schweizer Bürger zusammen mit den Kantonen seinen politischen Willen von Verfassungsrang. Seit ihrer Einführung im Jahre 1891 sind 22 Volksinitiativen angenommen worden. Der Souverän will, dass das, was er an der Urne gutgeheissen hat, auch wirklich umgesetzt und eingehalten wird. Das war in den vielen Jahrzehnten der Fall.»



«Doch der Vorrang des internationalen Rechts ist aus zahlreichen Gründen eine fundamental verfehlte Ordnung. Vor allem führt er dazu, dass Entscheide einer kleinen Zahl ausländischer Beamter und Richter die Entscheide unseres Parlaments und unserer Bürger aushebeln. Das bedeutet, dass in der Schweiz immer mehr Recht gilt, das von Personen geschaffen wird, die keine demokratische Legitimation haben und niemals für ihr Tun geradestehen müssen.»



«Wir sind überzeugt, dass die direkte Demokratie ein Garant für Stabilität, Rechtssicherheit und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen ist. Die Hauptargumente gewisser Wirtschaftsverbände sind leicht zu widerlegen und leicht zu durchschauen. Die in- und ausländischen Gegner verfolgen mit ihrem Kampf gegen die Selbstbestimmungsinitiative ein einziges Ziel: Sie wollen in Tat und Wahrheit die direkte Demokratie abschaffen.»



Nationalrätin Céline Amaudruz: «Wenn die Politik müde ist, die Verantwortung wahrzunehmen, die sie eingefordert hat, und sie stattdessen an verschiedene ausländische Behörden übertragen will, verdient sie es nicht besser. Wir sind aus anderem Holz geschnitzt. Wir sind der Überzeugung, dass der Bürger der Gesetzgeber unseres Landes bleiben soll. Das beinhaltet auch, dass er das Recht hat, seine Meinung zu ändern, und zwar vor allem dann, wenn das, was ihm versprochen wurde, nicht dem entspricht, was er letztlich erhalten hat.»

4x4 & NACHHALTIG

Jetzt
probe
fahren



NEW MITSUBISHI OUTLANDER PHEV



40 g/km CO₂ | **1.8** l/100km | **5** Jahre Garantie | **8** Jahre Batterie-Garantie

mitsubishi-motors.ch

UPE CHF 39'900.- netto inkl. MWST. PHEV Value 4%, Frontmotor Benzin 135 PS, Front E-Motor: 62 PS, Heck E-Motor: 95 PS. Abb. PHEV Style 4%, Frontmotor Benzin 135 PS, Front E-Motor: 62 PS, Heck E-Motor: 95 PS. CHF 45'900.- inkl. MWST, NEDC Labor Norm-Energieverbrauch Strom 13.4 kWh/100km (benzinäquivalent 3.3 l/100km), NEDC Labor Normverbrauch Benzin bei voller Batterie (67% Elektro, 33% Benzin) 1.8 l/100km, CO₂ 40g/km, Cat. 6, Hybrid-Normverbrauch bei leerer Batterie 5.0 l/100km, CO₂-Emissionen aus der Treibstoffbereitstellung 19g/km, CO₂-Durchschnitt aller verkauften Neuwagen CH: 133g/km. 54km rein elektrische Reichweite oder mehr als 800km Gesamtreichweite (unter optimalen Fahrbedingungen).

JA zur direkten Demokratie JA zur Selbstbestimmung

Die Selbstbestimmungs-Initiative der SVP will zur bewährten, an sich selbstverständlichen Regelung zurückkehren: Schweizer Gerichte sollen bei einem Widerspruch zu internationalem Recht die demokratisch legitimierte Schweizer Bundesverfassung anwenden müssen.

Die Selbstbestimmungs-Initiative will das bis 2012 Unbestrittene in der Verfassung verankern: Wer bestimmt in der Schweiz abschliessend unserer Regeln, Gesetze und Rahmenbedingungen?

Ist es unsere eigene Bevölkerung im Rahmen des direktdemokratischen Prozesses, oder ist es internationales Recht, das von einzelnen Richtern in Strassburg oder Brüssel, von Beamten der UNO oder OECD, teils ad absurdum, laufend unkontrolliert weiterentwickelt wird?

Die Mitbestimmungsrechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben uns Stabilität, Frieden, mehr Wohlstand, Freiheit, Sicherheit und Lebensqualität gebracht. Die direkte Demokratie hat weit bessere Entscheide hervorgebracht, als wenn die Politiker allein bestimmen könnten.

- Nur dank eines Volksentscheids sind wir heute nicht Mitglied des EWR und Nichtmitglied der EU.
- Bundesbern hätte unsere eigenständige Franken-Währung wohl längst preisgegeben. Ohne Selbstbestimmung der Bürger wäre die Belastung durch Steuern, Gebühren und Abgaben viel höher.

- Die Staatsverschuldung wäre riesig, die Schuldenbremse längst überschritten.
- Wenn das Volk nichts zu sagen hätte, ginge es im Asylwesen noch weit chaotischer zu und her. Dann würde kaum auch nur ein einziger krimineller Ausländer ausgeschafft.
- Der Bürokratie-Wahnsinn mit pro Woche 140 zusätzlichen Seiten an Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien und Weisungen – die meisten getrieben durch internationales Recht – könnte nicht einmal mehr per Volksinitiative verhindert werden.
- Ohne Volksabstimmung hätte man das Strafrecht nicht verschärft und Gewaltverbrecher nicht härter angepackt.
- Die direkte Demokratie ist der beste Schutz gegen Korruption, denn einzelne Politiker kann man bestechen, kaum aber sämtliche Stimmbürger.

Was will die Selbstbestimmungs-Initiative. Nichts anderes als den Zustand vor Oktober 2012 wiederherstellen. Bis zu diesem Zeitpunkt, als drei von fünf Bundesrichtern in einem skandalösen Urteil beschlossen, dass das internationale



Recht der Bundesverfassung vorgehe, galt, dass bei Widerspruch zwischen der Bundesverfassung und internationalem Recht abgewogen und eine verträgliche Lösung gesucht werden konnte.

Im Bericht des Bundesrats vom 5. März 2010 steht dann auch: «In keinem Staat wird zudem dem Völkerrecht uneingeschränkt der Vorrang vor dem Landesrecht eingeräumt ...». Der durch das Bundesgericht, das Parlament und die Rechtswissenschaft erst in den letzten Jahren eingeführte, allgemeine Vorrang des Völkerrechts gegenüber dem Landesrecht ist darum im internationalen Vergleich absolut einmalig.

Die Selbstbestimmungs-Initiative will die bewährte Ordnung wiederherstellen und so die Werte der direkten Demokratie und Selbstbestimmung der Schweiz stärken.



René Bünter
Regierungsrat /
Agronom
8853 Lachen (SZ)



«Mit Selbstbestimmung für eine offene Schweiz.»



Angela Lüthold-Sidler
Unternehmerin
Nottwil (LU)



«Die Demokratie ist Garant für Sicherheit, Frieden und Erfolg. Damit wir auch in Zukunft noch selber bestimmen können - sagen Sie JA!»

Heimat und Selbstbest

Wer die direkte Demokratie aufgibt, gibt die Schweiz auf. Unsere Volksrechte sind einzigartig. Die Selbstbestimmungsinitiative ist ein Bekenntnis zu unserer politischen Heimat. Wer die direkte Demokratie aufgibt, gibt die Schweiz auf. Unsere Volksrechte sind einzigartig. Die Selbstbestimmungsinitiative ist ein Bekenntnis zu unserer politischen Heimat.

von Nationalrat Peter Keller (NW)

Wir sind Romands und Tessiner, Zürcher und Appenzeller, Bergler und Städter, Frauen und Männer. Was uns allen gemeinsam ist, ist unsere Verbundenheit mit der Schweiz, mit unserer Heimat.

Wahrscheinlich hat jeder seinen ganz privaten Ort, den er mit Heimat verbindet, oder ein spezieller Geruch, oder ein kleines Erlebnis, das in uns dieses spezielle Gefühl auslöst. Ich erinnere mich an diesen Sommer am Stanserhorn, als wir uns beim Bergheuen einen Moment ausruhten und von Weitem das Gebimmel der friedlich weidenden Kühe zu hören war. Da schaute einer meiner Kollegen hinunter und sagte: «Das isch Heimat».

So trägt jeder seine spezielle Heimat in sich. Heimat ist Vertrautheit, Heimat ist das, was wir vermissen, wenn wir auswärts sind. Die Berge, die Seen, die Cervelat und das Aromat. Ja, manchmal hilft es, fortzugehen, um zu erkennen, was uns eigentlich unsere Heimat, die Schweiz, bedeutet. Viele beneiden uns

auch um unsere Heimat. Dabei geht es gar nicht so sehr um unseren Wohlstand oder die schöne Landschaft, die uns geschenkt wurde. Viele Menschen hätten gerne ein politisches System, wie wir es haben. Die direkte Demokratie ist einzigartig. Nirgendwo in der Welt haben die Bürgerinnen und Bürger so viel zu sagen wie bei uns. Wir können nicht nur wählen, sondern auch über alle wichtigen Fragen selber bestimmen. Bei uns haben nicht Regierungen oder Richter oder internationale Organisationen das letzte Wort – sondern wir!

Die Schweiz hat nicht bessere Politiker als Deutschland oder Italien. Aber wir haben das bessere politische System – dank der direkten Demokratie, dank der Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.

Leider sind viele in der Schweiz blind geworden. Sie sind heimatmüde geworden. Sie geben die Schweiz auf. Sie haben nicht mehr die Kraft, zur direkten Demokratie und damit zur Selbstbestim-



mung zu stehen. Unsere Volksrechte sind die Seele der Schweiz. Tragen wir Sorge zu dem, was unsere politische Heimat ausmacht: Sagen wir Ja zu unserer direkten Demokratie und damit Ja zur Selbstbestimmung.

von Nationalrat
Peter Keller,
Hergiswil (NW)



Ja zu einer selbstbestimmten Landwirtschaft

Nur mit einem JA zur Selbstbestimmungsinitiative ist auch die Schweizerische Landwirtschaft so wie wir sie heute kennen, gesichert. Denn auch in wichtigen Fragen zur Landwirtschaft hat sich in der Vergangenheit immer wieder das Schweizer Volk geäußert. So zum Beispiel im letzten Herbst, als das Stimmvolk den neuen Verfassungsartikel zur Ernäh-

rungssicherheit mit fast 80% Ja Stimmen angenommen hat. Ohne die Selbstbestimmungsinitiative werden künftig Beamte und Funktionäre, beispielsweise aus Brüssel, entscheiden, wie in der Schweiz die Landwirtschaftspolitik auszu sehen hat. Dies gefällt zwar vielleicht Avenir Suisse, der Totengräberin der Schweizer Landwirtschaft. Aber auf keinen Fall uns Bauern. Wir wol-

len, dass die Schweizer Bevölkerung uns den Weg vorgibt. Deshalb Ja zum Stimmrecht. Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

von Nationalrat
Marcel Dettling,
Oberiberg (SZ)



Stimmung



Ja zur Selbstbestimmung

«Wollen Sie als Unternehmer oder Unternehmerin in Ihrem Betrieb die Geschicke nicht selbstbestimmen? Ärgern Sie sich nicht über die immer zunehmende Bevormundung durch die Verwaltung und die Behörden? Möchten Sie nicht einen Mietvertrag der Geschäftsliegenschaft kündigen können, wenn sich die Umstände geändert haben, weil Sie Ihren Betrieb vergrössern müssen oder können? Ich als Gewerbetreibender will genau diese Freiheiten haben, selbständig in meinem Betrieb zu bestimmen, was ich wann und wie investieren will. Genau gleich verhält es sich in der Demokratie in unserem Land. Wir bestimmen demokratisch was gilt und unsere Verfassung gibt uns den Rahmen dazu. Ich will keine Fremdbestimmung, darum sage ich ja zur Selbstbestimmungsinitiative. Ich will in meinem Betrieb, auch in unserem Land, nicht fremdbestimmt sein.»

von Nationalrat
Bruno Walliser,
Volketswil (ZH)



Auch Konsumentinnen sagen JA

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in der Schweiz das letzte Wort. Wir bestimmen nach welchen Gesetzen wir hier leben und dies mit Erfolg. Wir wollen weiterhin selbstbestimmt unser Leben gestalten und uns nicht nach fremden Richtern und fremden Gesetzen orientieren. Es gilt die automatische Rechtsübernahme von EU-Recht zu verhindern. Wir hier vor Ort wissen, was gut ist für uns und gestalten dies mit unserer direkten Demokratie und gesundem Menschenverstand aktiv mit. Darauf basiert unser wirtschaftlicher Erfolg und das sichert unsere Arbeitsplätze. Für uns Konsumenten ist ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative zwingend! Die Regulierungswut aus Brüssel schränkt unsere Wirtschaft ein

und nicht mehr die beste Idee gewinnt im Markt! Einschränkungen bei der Produktion von Lebensmitteln, Abgaswerten des Autos, Handyladegeräte, Staubsaugerleistungen usw. usf., alles wird reguliert. In einigen Bereichen macht dies Sinn, damit die Produkte nicht grundlos verteuert werden. Jedoch wenn wir andere Tierschutzgesetze oder Gentechvorschriften wollen, können wir diese haben mit einem Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!

von Grossrätin
Tonja Kaufmann,
Gebenstorf (AG)



Schauen wir genau hin!

Eine Drohung jagt die andere durch die EU. Unserem Land droht Übles! Politiker und Verbände verbreiten diese Drohungen um unsere Selbstbestimmungsinitiative zu bodigen.

Wir sind die Schweiz!

Mit unserer direkten Demokratie können wir selber bestimmen. Darum werden wir von vielen Staaten beneidet. Wieso sollen wir diese erfolgreiche Errungenschaft aufgeben?

Selbstbestimmung auch bei den Steuern!

Attraktive steuerliche Rahmenbedingungen geben den Unternehmen Stabilität und Sicherheit. Diese Steuerbedingungen sind anderen Ländern ein Dorn im Auge, sie drohen der Schweiz mit

schwarzen Listen. Dabei könnten sie selber mit attraktiven Steuerbedingungen dafür sorgen, dass ihren Bürgern mehr zum Leben bleibt.

Wir bestimmen die Höhe der Mehrwertsteuer!

Auch bei der Mehrwertsteuer können wir die Höhe selber bestimmen. Bei den meisten EU-Staaten liegt der Mehrwertsteueranteil bei 20 %. Wenn die EU die Schweiz erpresst, die Mehrwertsteuer auf EU-Niveau anzuheben, damit wir weiterhin am EU-Binnenmarkt teilhaben können, würde das pro Kopf 2'500 Franken an zusätzlichen Steuern pro Jahr bedeuten.

von Nationalrätin
Sylvia Flückiger,
Schöfland (AG)



NEW SUZUKI PIZ SULAI® 4x4



NEW SUZUKI SX4 S-CROSS PIZ SULAI® 4x4

BEREITS
FÜR Fr. 27 490.-

HYBRID

NEW SUZUKI SWIFT PIZ SULAI® 4x4

BEREITS
FÜR Fr. 20 490.-

HYBRID

NEW SUZUKI IGNIS PIZ SULAI® 4x4

BEREITS
FÜR Fr. 19 490.-



SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki SX4 S-CROSS PIZ SULAI® 4x4, 6-Gang manuell, 5-türig, Fr. 27 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 6.2l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO₂-Emissionen: 141g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 33g/km; New Suzuki Swift PIZ SULAI® 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 20 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.9l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: E, CO₂-Emissionen: 112g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 26g/km; New Suzuki Ignis PIZ SULAI® 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 19 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.2l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO₂-Emissionen: 118g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 27g/km; Hauptbild: New Suzuki SX4 S-CROSS PIZ SULAI Top 4x4, 6-Gang manuell, 5-türig, Fr. 31 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 6.2l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO₂-Emissionen: 141g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 33g/km. New Suzuki Swift PIZ SULAI® Top Hybrid 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 23 190.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.4l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO₂-Emissionen: 101g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 23g/km. New Suzuki Ignis PIZ SULAI® Top 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 21 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.2l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO₂-Emissionen: 118g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 27g/km; Durchschnittswert CO₂-Emissionen aller in der Schweiz neu immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 133g/km.

Leasing-Konditionen: 24 Monate Laufzeit, 10000km pro Jahr, effektiver Jahreszins 0.9%. Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30% vom Nettoverkaufspreis. Der Leasingzinssatz ist an die Laufzeit gebunden. Ihr offizieller Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasingangebot für den Suzuki Ihrer Wahl. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.

Preisvorteile bis:
Fr. 2 100.-
Limitierte Sonderreihe,
nur solange Vorrat

0.9% Finanzierung
Bsp. 10000

www.suzuki.ch

Holz ist unsere Leidenschaft

Flückiger Holz AG ist eines der führenden Hobelwerke der Schweiz. Wir sind Spezialisten für Massivholzprodukte aus vielen verschiedenen Holzarten.

Angebot aus eigener Schweizer Qualitätsproduktion:

- Täfer für alle Bereiche
- Fassadenschalungen mit Oberflächenbehandlung
- Terrassenböden
- Naturholzböden für den Innenbereich

Als zuverlässigen Partner beliefern wir Zimmereien, Schreinereien, Fachholzhandel und Privatpersonen.

Besuchen Sie unsere Ausstellung.



Spezialität:
Schweizer Holz



FLÜCKIGER HOLZ AG

5040 Schöftland, Tel. 062 721 40 55, www.flueckiger-holz.ch

Nur ein souveränes Land verhindert die Scharia!

Islamistische Kreise, die unsere Lebensart und Werte ablehnen, gefährden den inneren Frieden unseres Landes akut. Nur eine souveräne, selbstbestimmte Rechtsordnung kann die Schweiz vor dieser unverblümt-aggressiven Unterwanderung bewahren.

Beispielsweise betreibt der türkische Staatsapparat in der Schweiz eine systematische Politik der Landnahme. Er finanziert über seine Strukturen ein Netz von dutzenden Moscheen und entsendet eigene Imame, die hierzulande einen ultra-konservativen Islam predigen. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan fordert die in Westeuropa lebenden Türken auf, sich jeglicher Integration zu verweigern. An einer Wahlveranstaltung rief er seinen Landsleuten zu: «Assimilierung [Anpassung] ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Man kann von Euch nicht erwarten, Euch zu assimilieren.»

Islam auf dem Vormarsch

Aber auch die arabischen Golfstaaten wenden Millionen-Beträge auf, um radikal-islamisches Gedankengut in der Schweiz zu verbreiten. Ihr Übriges vollbringt die im Zuge der Merkel'schen Willkommenskultur eingesetzte Masseneinwanderung, im Rahmen derer Millionen von Muslimen – darunter wohl zehntausende Extremisten – nach Europa geströmt sind und weiter strömen. Die damit befeuerte Islamisierung macht vor der Schweiz nicht halt – und manifestiert sich bei uns bereits konkret: Kein Schweinefleisch mehr bei Schulausflügen, verschobene Prüfungen wegen muslimischen Feiertagen, Händedruck-Verweigerung, das Beharren auf das Kopftuch-Tragen an der Primarschule, und, und, und.



JA zur Selbstbestimmung der Schweiz, damit künftig kein übergeordnetes Recht uns daran hindert, den politischen Islam wirksam zu bekämpfen.

Selbst entscheiden, ob wir das wollen
Fremdes Recht hindert uns heute vielfach daran, uns gegen solch gefährliche Tendenzen zu wehren. Um das friedliche Zusammenleben weiter zu garantieren, müssen wir in unseren Entscheidungen, wie der politische Islam wirksam zu bekämpfen ist, frei und selbstbestimmt bleiben. Wir müssen radikale Imame, auch wenn sie in einem EU-Land eingebürgert wurden, ohne Umschweife ausweisen können, wenn sie mit ihren Predigten die Jugend aufhetzen und die innere Sicherheit gefährden. Wir müssen eigenständig entscheiden können, ob wir muslimische Migrantinnen, die daraufhin arbeiten, unsere Bundesver-

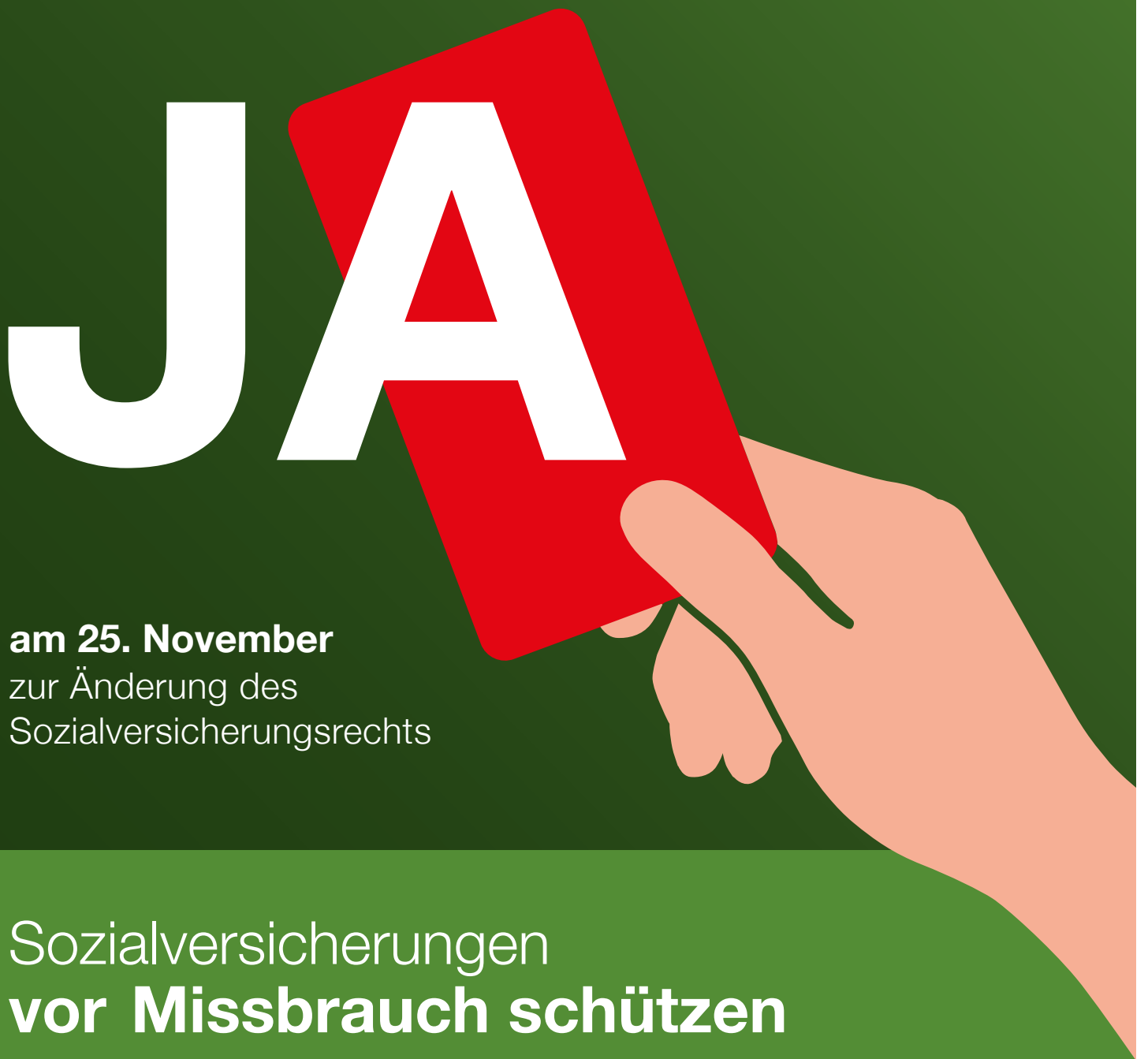
fassung durch Scharia-Recht abzulösen, in unser Land einreisen lassen oder nicht. Kein übergeordnetes EU-Recht darf uns daran hindern – damit die Schweiz übermorgen nicht zu «Schweizistan» verkommt...

Es hilft nur, am 25. November 2018 Ja zur Selbstbestimmungsinitiative zu stimmen.

*von Nationalrat
Walter Wobmann,
Gretzenbach (SO)*



MISSBRAUCH STOPPEN!



am 25. November
zur Änderung des
Sozialversicherungsrechts

Sozialversicherungen
vor Missbrauch schützen

sozialdetektive-ja.ch

Ja zur Verhinderung des Sozialmissbrauchs

Fremde Richter in Strassburg untersagten der Schweiz, Versicherungsbetrüger verdeckt beobachten zu dürfen. Dank der am 25. November zur Abstimmung kommenden Vorlage „Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten“ können ausländische und Schweizer Sozialschmarotzer wieder observiert und zur Rechenschaft gezogen werden.

Viele haarsträubende Fälle von Sozialmissbrauch sind aufgefliegen. Ein Versicherter behauptete, dass sein Alltag ein „schmerzvolles Dahinvegetieren“ und ein „leiderfülltes Leben zwischen Bett und Sofa“ sei. Dieselbe Person konnte aber ohne ersichtliche Einschränkungen ein Auto und sogar eine Harley Davidson fahren. Ein anderer Versicherter klagte, dass er aufgrund von Rückenbeschwerden nicht mehr Fahrradfahren und nur noch ganz leichte Gegenstände tragen könne. Bei der Observation sah man ihn 15 Kilogramm schwere Pneus abladen und anschliessend mit einem schweren Motorrad davonbrausen.



Fremde Richter überstimmen Bundesgericht

Aktuell dürfen keine solchen Observationen mehr durchgeführt werden, weil ein fremdes Gericht – der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg – befand, dass die Schweizer Versicherungen hier

« Ein Versicherter behauptete, dass sein Alltag ein „schmerzvolles Dahinvegetieren“ und ein „leiderfülltes Leben zwischen Bett und Sofa“ sei. »

für keine ausreichende gesetzliche Grundlage hätten. Seither können dreiste Betrüger mangels Beweisen nicht mehr des Versicherungsbetrugs

Sich als invalid auszugeben, um Gelder von Sozialwerken zu erschleichen, das heisst die ehrlichen Beitragszahlenden in diesem Land kaltblütig und schamlos auszunutzen. Deshalb ein klares JA zu den Sozialversicherungsdetektiven.

überführt werden.

Observation nur bei konkreten Anhaltspunkten

Mit der Vorlage „Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten“, über welche die Schweizerinnen und Schweizer am 25. November 2018 abstimmen, können Observationen in engen Grenzen wieder durchgeführt werden. Eine Observation darf nur dann angeordnet werden, wenn konkrete Anhaltspunkte für einen unrechtmässigen Bezug von Versicherungsleistungen vorliegen und der Sachverhalt nicht mit anderen Mitteln oder nur mit unverhältnismäs-

sigem Aufwand geklärt werden kann. Erlaubt sind Bild und Tonaufzeichnungen. Ortungsgeräte wie GPS-Tracker sind gestattet, wenn anders nicht herausgefunden werden kann, wo sich die gesuchte Person aufhält. Unterstützen Sie die SVP in ihrem Kampf gegen ausländische und Schweizer Versicherungsbetrüger und stimmen Sie JA zu dieser Vorlage.

von Nationalrat
Thomas Aeschi,
SVP-Fraktionspräsident,
Baar (ZG)





Kleiner Allrounder für grosse Ansprüche



CHF 14'950.-

C35 Kasten

* Preis exkl. 7,7% MWST, UPE

WWW.DFSK.SWISS



dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN



MARKUS REZZONICO

SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61

markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75

www.dietschi-pd.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Informationen erhalten Sie per
E-Mail an klartext@svp.ch

GOAL GLOSSAR

Agitation

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Zupacken bei echten Herausforderungen

Unser Interim Management bedeutet:

- » Wachstum Hands-on bewältigen und/oder
- » Geschäftsbereiche vorübergehend leiten

lösungsorientiert &
kundenfokussiert

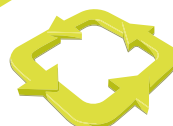
umsetzungsstark &
unternehmerisch

aufrichtig &
involviert

industrie consulting

tel: 081 523 29 00

www.industrie-consulting.com



**industrie
consulting**

Roman Rauper

Geschäftsführer der
industrie consulting,
Mitglied des Parteivorstands
der SVP Schweiz 



Gegen die Interessen der Schweiz

Zur Erinnerung: Der „Global Compact for Migration“ hat „die sichere, geordnete und reguläre Migration“ zum Ziel und soll es ermöglichen, dass Migranten, ungeachtet ihrer Qualifikationen der Zugang zum Wunschland deutlich erleichtert wird. Es sollen legale Routen geschaffen, eine Medienzensur zur ausgewogenen Berichterstattung eingeführt, bereits im Heimatland Sprachkurse des Ziellandes angeboten, der Familiennachzug deutlich erleichtert und auch der Geldtransfer ins Heimatland vergünstigt werden.

Schlimm genug, dass die UNO einen solchen Pakt verfasst hat. Aber endgültig den Hut lupft es einem, wenn man weiss, dass der Schweizer Botschafter Jürg Lauber federführend bei der Entstehung dieses unsäglichen Pakts mitgearbeitet hat – und dies sogar mit dem ausdrücklichen Segen des Bundesrates. Meines Erachtens ist hier der Straftatbestand von Artikel 267 des Strafgesetzbuches erfüllt, dieser lautet nämlich: „Wer als Bevollmächtigter der Eidgenossenschaft vorsätzlich Unterhandlungen mit einer auswärtigen Regierung zum Nachteile der Eidgenossenschaft führt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.“ Und wer das Abkommen liest, dem wird schnell klar, dass dieses für die Schweiz und Europa verheerende Auswirkungen haben wird. Wenn die Migration auf diese Art und Weise legalisiert, ja gar noch aktiv gefördert wird, dann gute Nacht Europa!

Wo bleibt eigentlich das Aufheulen der sonst so auf ihre Unabhängigkeit pochenden Journalisten? Gemäss dem Pakt sollen Medien überwacht und beurteilt werden, ob sie ausgewogen über Migrationsthemen berichten. Aber da dieser Pakt ansonsten ganz nach dem Gusto der linken Journaille ist, beliebt man hier fast unisono höflich zu schweigen...

Rechtlich unverbindlich? Eher real unerträglich!

Der Bundesrat darf diesen Pakt schon alleine deshalb niemals unterzeichnen, weil dieser klar unserer Verfassung widerspricht. Gemäss Art. 121a der



Der ideologisch abgehobene UNO-Migrationspakt hat die weltweite Niederlassungsfreiheit für alle Menschen im Land ihrer Wahl zum Ziel. Die SVP verlangt vom Bundesrat diesen Pakt nicht zu unterzeichnen.

Bundesverfassung regelt die Schweiz die Zuwanderung eigenständig. Der Bundesrat darf keine Vereinbarungen eingehen, welche diesem Ziel widersprechen. Der Pakt gesteht aber jedem Menschen das Recht auf freie Niederlassung zu. Hier liegt der eigentliche Skandal – offensichtlich foutiert sich der Bundesrat um die Verfassung und beliebt frei zu schalten und zu walten...

Der Bundesrat beteuert nun, es handle sich nur um „Soft Law“, der Pakt sei rechtlich nicht verbindlich. Immerhin gesteht er zu, dass der Pakt politisch bindend sei. Die Schweiz wird natürlich auch hier den Musterknaben spielen und die Massnahmen sklavisch umsetzen. Zudem ist im Pakt eindeutig festgehalten, dass sich die Staaten verpflichten, die Ziele des Pakts zu erfüllen – und dies soll gar überwacht werden. Muss der Bundesrat in einen Englischkurs? Das

an über 20 Stellen vorkommende „We commit to...“ heisst „wir verpflichten uns“! Man fragt sich unwillkürlich: Weiss es der Bundesrat einfach nicht besser – oder entscheidet er wider besseren Wissens? Beides muss einem grosse Sorgen machen...

Die Migrationspakt-Episode beweist einmal mehr, dass wir uns nicht blind auf den Bundesrat und seine Diplomaten verlassen dürfen. Umso wichtiger ist es, dass nun die Selbstbestimmungsinitiative angenommen wird – diese ist der letzte Rettungsanker, um die Rechte der Schweizerinnen und Schweizer zu wahren und die Eigenständigkeit der Schweiz zu erhalten!

*von Nationalrat
Andreas Glarner,
Unternehmer,
Oberwil (AG)*



Abstimmung 25. November 2018



Daniel Wyler
Jurist / Regierungsrat
Engelberg (OW)

JA zur Schweizer Demokratie!

JA ZUR SELBSTBESTIMMUNGS-INITIATIVE

«Unsere direkte Demokratie (= Herrschaft des Volkes) hat sich während Jahrhunderten bewährt - halten wir daran fest!»

THOMAS MATTER

Nationalrat und Unternehmer (ZH)

«Unsere Freiheit und hohe Lebensqualität verdanken wir der direkten Demokratie! Daher Ja zur Selbstbestimmung.»



Machen Sie mit und engagieren Sie sich jetzt für ein **JA zur direkten Demokratie und zur Selbstbestimmung unseres Landes!**

Jetzt Flyer verteilen auf der Strasse. Verwandte, Bekannte und Nachbarn bitten, an der für die Schweiz wichtigen Abstimmung teilzunehmen!



Über www.flyer-ueberall.ch/selbstbestimmung haben Sie die Möglichkeit online den Versand von Flyern für die Selbstbestimmungs-Initiative in alle Haushalte einer Gemeinde/Stadt Ihrer Wahl zu sponsern.

Flyer bestellen unter info@selbstbestimmungsinitiative.ch oder 031 300 58 58.

www.selbstbestimmungsinitiative.ch